



Feministisches Netzwerk  
für Gesundheit Berlin  
c/o pro familia LV Berlin e.V.  
Charlott Böttcher  
Kalckreuthstr. 4  
10777 Berlin  
Tel. 030 - 3984 9737  
[info@frauengesundheit-berlin.de](mailto:info@frauengesundheit-berlin.de)  
[www.frauengesundheit-berlin.de](http://www.frauengesundheit-berlin.de)

## **Gesundheit von Frauen\* und Mädchen\* – KEIN Spielball der Berliner Haushaltspolitik!**

Berlin, 04.09.2025

Sehr geehrte Abgeordnete!

Sehr geehrte Senator\*innen und Staatssekretär\*innen!

Gesundheitsversorgung für Frauen\* und Mädchen\* ist kein Nice-to-have, sondern grundlegender Bestandteil gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Frauen\* und Mädchen\* haben spezifische gesundheitliche Belange. Sie erfahren strukturelle Benachteiligungen und sind in besonderem Maß von Gewalt, Diskriminierung und Armut betroffen. Daher sind sie auch in besonderem Maß auf niedrigschwellige, spezialisierte Angebote angewiesen, die ihren Belangen und Bedürfnissen entsprechen.

### **Gesundheitsversorgung für Frauen\* und Mädchen\* – systemrelevant, unverzichtbar**

Werden diese Angebote und Versorgungsstrukturen durch Haushaltskürzungen geschwächt oder brechen gar weg, entstehen Versorgungslücken mit gravierenden Folgen für die Betroffenen und die gesamte Stadt Berlin. Wenn niedrigschwellige Präventions- und Versorgungsangebote wegbrechen, werden gesundheitliche Probleme schnell chronisch, wird soziale Isolation verschärft und gesellschaftliche Folgekosten steigen weiter an.

Berlin galt über Jahre als Vorreiterin für geschlechtergerechte und intersektionale Gesundheitsversorgung. Mit spezialisierten Beratungsstellen, Schutzangeboten und innovativen Versorgungsmodellen wurden bundesweit Maßstäbe gesetzt. Dieser Fortschritt basierte auf klaren politischen und rechtlichen Verpflichtungen. Insbesondere der Berliner Verfassung (Art. 10 VvB), dem Grundgesetz (Art. 2 & 3), der „Istanbul-Konvention“ (2018) sowie der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (2024). Nicht zuletzt ist eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung verfassungsrechtlich verpflichtend: Gender Budgeting stellt sicher, dass öffentliche Mittel geschlechtergerecht geplant und verteilt werden. Haushaltsentscheidungen ohne geschlechtergerechte Perspektive ignorieren strukturelle Ungleichheiten und verstoßen gegen den rechtlichen Gleichstellungsauftrag.

### **Die geplanten Kürzungen gefährden tragende Säulen feministischer Gesundheitsarbeit**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, Bereich Gesundheit:

- ☞ Mittel des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP) sollen um knapp **4 Mio €** gekürzt werden (Titel 68431). Bedroht ist damit eine Vielzahl niedrigschwelliger gesundheitsbezogener Angebote für von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Frauen\* und

Mädchen\*, für Frauen\* und Mädchen\* mit Essstörungen, psychischen Belastungen, Suchterkrankungen, in sozioökonomisch schwierigen Lebenssituationen u.v.m.

- ☞ Sondermittel (Titel 68406; Pkt 25) für die Umsetzung der Istanbul-Konvention im Gesundheitswesen sollen um **150.000 €** gekürzt werden. Betroffen sind Angebote für Frauen mit komplexen Traumafolgebeschwerden infolge häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie Angebote der Koordinierungsstelle des S.I.G.N.A.L. e.V. – insbesondere das pro-aktive Beratungsangebot in Gesundheitseinrichtungen, die Qualifizierung von Mitarbeitenden des Gesundheitswesens zur Versorgung bei häuslicher Gewalt und die Einführung von Gewaltschutzteams in Berliner Kliniken.
- ☞ Kürzungen der Zuschüsse an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz um **280.000 €** (2026, Titel 68487). Durch eine eingeschränkte Beratungsmöglichkeit wird das Recht auf die körperliche Selbstbestimmung von Frauen\* eingeschränkt und werden Beratungsbedarfe nicht abgedeckt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Bereich Gleichstellung:

- ☞ Nach Auskunft von SenASGIVA werden die zuwendungsfinanzierten Einrichtungen in Förderung der Senatsverwaltung um durchschnittlich 2 % gekürzt. Bedroht sind Unterstützungsangebote der Antigewaltarbeit, der Eingliederungshilfe, der Arbeitsförderung u.v.m. – Angebote, die bereits jetzt nicht in ausreichendem Umfang bestehen!
- ☞ Die Mittel für den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention sollen um 4,1 Mio € reduziert werden. In Anbetracht steigender Gewalttaten gegen Frauen und ihre Kinder ist dieses Vorhaben skandalös!
- ☞ Der Etat für Frauenzentren und Empowermentprojekte soll um 3,26 % reduziert werden.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Landeskommision gegen Gewalt:

- ☞ Mittel für die kiezorientierte Gewaltprävention sollen um 600.000 € gekürzt werden (Titel 68558). Hier geht es um die Förderung von Risikobewusstsein, Kompetenzen zur Deeskalation und Förderung gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien vor allem für junge Menschen. Eine Kürzung der Mittel hat direkte Auswirkungen auf den Umfang bezirklicher Gewaltprävention und damit auch auf die Sicherheit für Mädchen\* und Frauen\*.

Senatsverwaltung für Finanzen:

- ☞ Die niedrigschwellige psychosoziale Versorgung der Menschen in den Berliner Bezirken ist gefährdet – die zugewiesene Globalsumme an die Bezirke (SenFin Fortschreibung Plafond 2026/27) wird zu einschneidenden Kürzungen bei Angeboten für Menschen mit Suchterkrankung und psychischen Belastungen bzw. Menschen in Krisen führen. Ohne Verstärkungsmittel des AGH, wie in den beiden Jahren zuvor, werden Angebote wegfallen, die für betroffene Frauen\* und Mädchen\* unerlässlich sind.

Der Haushaltsplan sieht zudem keine Mittel vor, um Miet- und Stromerhöhungen, Tarifierpassungen und andere Kostensteigerungen abzudecken. De facto führt dies zu weiteren Angebotskürzungen in allen Versorgungsbereichen und zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenssituation und Gesundheitschancen für viele Frauen\* und Mädchen\* in Berlin! Beschäftigte in den Projekten – das sind überwiegend Frauen\* – müssen mit Lohnkürzungen und verschlechterten Arbeitsbedingungen rechnen.

## **Keine Kürzungen auf Kosten der Gesundheit von Mädchen\* und Frauen\*!**

### **Wir fordern:**

- 🔊 Die Rücknahme aller geplanten Kürzungen. Absicherung der gesundheitsbezogenen Angebote für Frauen\* und Mädchen\* – keine Streichung und Reduzierung von Angeboten.
- 🔊 Die Mittel für den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention müssen vollständig erhalten bleiben. Konsequente Realisierung der Vorgaben.
- 🔊 Keine Kürzung der Programme, die in Bezirken eine niedrigschwellige, wohnortnahe (Gesundheits-)Versorgung sichern und für eine Stärkung der Prävention sorgen.
- 🔊 Eine auskömmliche und langfristige Finanzierung der Angebote unter Berücksichtigung von Tarifsteigerungen, Fachkräftemangel und wachsenden Bedarfen – keine De-facto-Kürzungen durch gleichbleibende Budgets.
- 🔊 Die Anerkennung und Absicherung feministischer Versorgungsstrukturen für Frauen\* und Mädchen\* als unverzichtbarer Bestandteil des Berliner Gesundheitswesens. Sie gehören zum komplementären Gesundheitssystem und schließen Versorgungslücken. Sie entlasten und ergänzen das Regelsystem, indem sie aufsuchend, barrierearm, partizipativ und empowernd arbeiten. Die Arbeit ist gesellschaftlich relevant und ökonomisch sinnvoll.

Das Feministische Netzwerk für Gesundheit Berlin steht für eine geschlechtergerechte, diskriminierungssensible und niedrigschwellige Gesundheitsversorgung. Die Angebote unserer Mitglieder schließen systematische Versorgungslücken für Frauen\*, Mädchen\*, queere, trans\*, inter\*- und nicht-binäre Personen und berücksichtigen Bedarfe von Migrant\*innen, Geflüchteten und Menschen mit Beeinträchtigungen. Die geplanten Kürzungen im Berliner Landeshaushalt bedrohen diese essenziellen Strukturen akut. Sie gefährden Gesundheit und Leben von Frauen\* und Mädchen\*.

**Gesundheit ist ein Menschenrecht und darf nicht von der Haushaltslage abhängig gemacht werden.**

Für das Feministische Netzwerk für Gesundheit

*Sophie Koch*  
(sie/ihr)

*Karin Wieners*  
(sie/ihr)

*Johanna Wiest*  
(sie/ihr)

*Alexandra Gelbstein*  
(sie/ihr)

*FFGZ e. V.*

*S.I.G.N.A.L. e.V.*

*TERRE DES  
FEMMES e. V.*

*Planungs- und Koordinierungs-  
stelle Gesundheit, Bezirksamt  
Friedrichshain-Kreuzberg*